

Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)

Landesrecht Niedersachsen

Titel: Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)	Normgeber: Niedersachsen
Amtliche Abkürzung: NPOG	Gliederungs-Nr.: 21011100000000
Normtyp: Gesetz	

Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) ⁽¹⁾

In der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 2005 (Nds. GVBl. S. 9 - VORIS 21011 10 00 00 000 -)

Zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 589)

Inhaltsübersicht ⁽²⁾ §§

Erster Teil
Aufgaben, Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich

Aufgaben der Verwaltungsbehörden und der Polizei	1
Begriffsbestimmungen	2
Geltungsbereich	3

Zweiter Teil
Allgemeine Vorschriften

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	4
Ermessen; Wahl der Mittel	5
Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen	6
Verantwortlichkeit für Gefahren, die von Tieren ausgehen, oder für den Zustand von Sachen	7
Inanspruchnahme nichtverantwortlicher Personen	8
Verantwortlichkeit nach anderen Vorschriften	9
Einschränkung von Grundrechten	10

Dritter Teil
Befugnisse der Verwaltungsbehörden und der Polizei

1. Abschnitt
Allgemeine und besondere Befugnisse

Allgemeine Befugnisse	11
Befragung und Auskunftspflicht	12
Gefährderansprache, Gefährderanschreiben	12a
Identitätsfeststellung, Prüfung von Berechtigungsscheinen	13
Kontrollstellen	14
Erkennungsdienstliche Maßnahmen	15
Molekulargenetische Untersuchungen zur Identitätsfeststellung	15a

Vorladung	16
Meldeauflage	16a
Platzverweisung, Aufenthaltsverbot	17
Wegweisung und Aufenthaltsverbot bei häuslicher Gewalt	17a
Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot	17b
Elektronische Aufenthaltsüberwachung	17c
Gewahrsam	18
Richterliche Entscheidung	19
Behandlung festgehaltener Personen	20
Dauer der Freiheitsbeschränkung oder Freiheitsentziehung	21
Durchsuchung und Untersuchung von Personen	22
Durchsuchung von Sachen	23
Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	24
Verfahren bei der Durchsuchung von Wohnungen	25
Sicherstellung	26
Verwahrung	27
Verwertung, Vernichtung	28
Herausgabe sichergestellter Sachen oder des Erlöses; Kosten	29

2. Abschnitt

Befugnisse zur Datenverarbeitung

Grundsätze der Datenerhebung	30
Datenerhebung	31
Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen	31a
Datenerhebung durch den Einsatz technischer Mittel bei öffentlichen Veranstaltungen und im öffentlichen Raum	32
Einsatz von automatisierten Kennzeichenlesesystemen	32a
Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	33
Datenerhebung durch Überwachung der Telekommunikation	33a
Geräte- und Standortermittlung, Unterbrechung der Telekommunikation	33b
Auskunftsverlangen	33c
Verdeckter Eingriff in informationstechnische Systeme	33d
Datenerhebung durch längerfristige Observation	34
Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen	35
Datenerhebung in Wohnungen durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel	35a
Datenerhebung durch die Verwendung von Vertrauenspersonen	36
Datenerhebung durch den Einsatz Verdeckter Ermittlerinnen oder Verdeckter Ermittler	36a
Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung	37
Rasterfahndung	37a
Parlamentarische Kontrolle	37b
Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten, Zweckbindung	38
Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken	39
Löschung	39a
Allgemeine Regeln der Datenübermittlung	40
Datenübermittlung zwischen Verwaltungs- und Polizeibehörden	41
Automatisiertes Abrufverfahren und regelmäßige Datenübermittlung	42

Regelmäßige Übermittlung von Meldedaten	42a
Datenübermittlung an andere öffentliche Stellen, an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen	43
Datenübermittlung an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs, Bekanntgabe an die Öffentlichkeit	44
Datenabgleich	45
Dateibeschreibung	46
Prüffristen	47
Dokumentation, Beteiligung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz	48
Anwendung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes	49
Ordnungswidrigkeiten, Strafvorschriften	49a

Vierter Teil

Vollzug

Verwaltungsvollzugsbeamtinnen, Verwaltungsvollzugsbeamte	50
Vollzugshilfe	51
Verfahren bei Vollzugshilfeersuchen	52
Vollzugshilfe bei Freiheitsentziehung	53

Fünfter Teil

Verordnungen

Anwendung	54
Verordnungsermächtigung	55
(weggefallen)	56
Inhalt	57
Formvorschriften	58
Zuwiderhandlungen	59
Verkündung und In-Kraft-Treten	60
Geltungsdauer	61
Änderung und Aufhebung von Verordnungen durch die Fachaufsicht	62
(weggefallen)	63

Sechster Teil

Zwang

1. Abschnitt

Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen

Zulässigkeit, Zuständigkeit, Wirkung von Rechtsbehelfen	64
Zwangsmittel	65
Ersatzvornahme	66
Zwangsgeld	67
Ersatzzwangshaft	68
Unmittelbarer Zwang	69
Androhung der Zwangsmittel	70

2. Abschnitt

Ausübung unmittelbaren Zwangs

Rechtliche Grundlagen	71
Handeln auf Anordnung	72
Hilfeleistung für Verletzte	73
Androhung unmittelbaren Zwangs	74
Fesselung von Personen	75
Allgemeine Vorschriften für den Schusswaffengebrauch	76
Schusswaffengebrauch gegen Personen	77
Schusswaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge	78
Besondere Waffen, Sprengmittel	79

Siebenter Teil

Schadensausgleich, Erstattungs- und Ersatzansprüche

Zum Schadensausgleich verpflichtende Tatbestände	80
Inhalt, Art und Umfang des Schadensausgleichs	81
Ansprüche mittelbar Geschädigter	82
Verjährung des Ausgleichsanspruchs	83
Ausgleichspflichtige; Erstattungsansprüche	84
Rückgriff gegen Verantwortliche	85
Rechtsweg	86

Achter Teil

Organisation der Polizei und der Verwaltungsbehörden

1. Abschnitt

Polizei

Polizeibehörden	87
(weggefallen)	88
(weggefallen)	89
Polizeidirektionen	90
(weggefallen)	91
(weggefallen)	92
(weggefallen)	93
Aufsicht über die Polizeibehörden	94
Hilfspolizeibeamtinnen, Hilfspolizeibeamte	95

2. Abschnitt

Verwaltungsbehörden

(weggefallen)	96
Sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden	97
Aufsicht über die Verwaltungsbehörden	98

Neunter Teil**Zuständigkeiten**

Örtliche Zuständigkeit, außerordentliche örtliche Zuständigkeit	100
(weggefallen)	101
Außerordentliche sachliche Zuständigkeit	102
Amtshandlungen von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten anderer Länder und des Bundes sowie von Bediensteten ausländischer Staaten	103
Amtshandlungen von niedersächsischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Landes Niedersachsen	104

Zehnter Teil**Kosten; Sachleistungen**

Kosten	105
Sachleistungen	106
Entschädigung für Sachleistungen	107
Verletzung der Leistungspflicht	108

Elfter Teil**Übergangs- und Schlussvorschriften**

Zuständigkeiten, Verwaltungsakte und Verordnungen nach bisherigem Recht	109
Zuständigkeit in Altversorgungsfällen	110
Erkennungsdienstliche Maßnahmen gegen Beschuldigte	111

Anlage

zu § 90 Nds. SOG	Anlage
(1) Red. Anm.:	

Bekanntmachung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind

Vom 19. Februar 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 15)

Die Richtlinie (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 1), wird umgesetzt durch die §§ 18 bis 21 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetzes in der Fassung vom 19. Januar 2005 (Nds. GVBl. S. 9), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 589).

(2) Red. Anm.:

Die Inhaltsübersicht wurde redaktionell angepasst.